

## Evaluation der Sicherheitsbehörden

### Arbeitsgruppe legt bis Herbst 2010 Vorschläge vor

**Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat im Rahmen der Etatberatungen des Deutschen Bundestags die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe von Bundesinnenministerium und Bundesfinanzministerium zur Evaluierung der Sicherheitsbehörden bekannt gegeben. De Maizière bestätigte, dass er gemeinsam mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble auf der Grundlage des Koalitionsvertrags von CDU/CSU und FDP die Sicherheitsbehörden des Bundes überprüfen werde.**

Nach den Worten de Maizières soll mit der Evaluation Doppelarbeit vermieden und die Zusammenarbeit verbessert werden. Wörtlich äußerte er: „Der Bundesfinanzminister und ich werden die Sicherheitsbehörden des Bundes evaluieren. Dazu gehören die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt, der Zoll sowie die Lage auf Flughäfen, Bahnhöfen und Häfen.“

Als Vorsitzenden der Arbeitsgruppe nannte de Maizière den ehemaligen Staatssekretär im Bundesinnenministerium und früheren Berliner Innensenator Eckart Werthebach. Zu den weiteren Mitgliedern zählen der ehemalige Präsident des Bundeskriminalamts, Dr. Ulrich Kersten, der ehemalige Generalbundesanwalt Kay Nehm, der ehemalige Staatssekretär im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen Wolfgang Riotte, Professor Dr. Rolf Ritsert von der Deutschen Hochschule der Polizei sowie Karl-Heinz Matthias, Präsident des Zollkriminalamts. De Maizière kündigte an, die Arbeitsgruppe werde bis Herbst 2010 Vorschläge vorlegen, aus denen dann Schlussfolgerungen gezogen würden, die gemeinsam zu beraten seien.

### **„Empfindlicher Stellenabbau“ ist mit dem BDZ nicht zu machen**

Die im Nachrichtenmagazin „Focus“ im Zusammenhang mit der Darstellung de Maizières zitierte Aussage, den Experten (der Arbeitsgruppe von Bundesfinanzministerium und Bundesinnenministerium) sei klar, dass „empfindliche Stellenstreichungen“ unabwendbar seien, ist im Bundestagsprotokoll nicht enthalten. Sollte sich herausstellen, dass im Zuge der Evaluierung das Ziel eines Stellenabbaus verfolgt wird, wird sich der BDZ entsprechenden Tendenzen mit Vehemenz entgegenstellen. Nach Ansicht des BDZ ist es nicht hinnehmbar, wenn der Auftrag des Koalitionsvertrags in ein reines Stellenabbauprogramm umgedeutet wird. In diesem Fall müsse die Politik mit einem klaren Veto des BDZ rechnen. Diese Botschaft geht auch von den Abgeordnetengesprächen aus, die der BDZ derzeit führt. Wir werden weiter berichten.

Berlin, 21. März 2010

**11**